

Protokoll der Einwohnerversammlung Stuttgart–West

Datum 11. Februar 2019
Beginn 19:00 Uhr
Ende 21:30 Uhr
Ort Liederhalle Stuttgart, Mozartsaal,
Berliner Platz 1 - 3, 70174 Stuttgart

Vorsitz Oberbürgermeister Kuhn
Protokollführung Johanna Battenberg

I. Begrüßung durch Herrn Bezirksvorsteher Möhrle

Herr Bezirksvorsteher Möhrle begrüßt die Einwohnerinnen und Einwohner und freut sich über ihr zahlreiches Erscheinen; es seien mehr Personen anwesend als bei der letzten Einwohnerversammlung vor sechs Jahren. Er bedankt sich bei den Bürgerinnen und Bürgern für deren Mitplanen, Kümmern und Verantwortung zeigen.

Herr Bezirksvorsteher Möhrle bittet, die Landtagspräsidentin Frau Muhterem Aras zu entschuldigen.

Er begrüßt Herrn Oberbürgermeister Kuhn, Frau Bürgermeisterin Fezer, Herrn Bürgermeister Pätzold, Herrn Bürgermeister Dr. Schairer und Herrn Bürgermeister Wölfle. Herr Erster Bürgermeister Föll lasse sich entschuldigen, Herr Bürgermeister Dr. Mayer komme später und Herr Bürgermeister Thürnau sei leider erkrankt.

Anschließend begrüßt er die Mitglieder des Gemeinderats Herrn Lazaridis, Herrn Körner, Herrn Pantisano und Frau Yüksel und heißt die Bezirksvorsteherin Frau Mezger willkommen; er kündigt an, dass die Bezirksvorsteherin Frau Smakaj später kommen werde.

Herr Bezirksvorsteher Möhrle stellt den Westen als lebendigsten und urbansten Stadtbezirk Stuttgarts dar, dessen Vielfalt der Infrastruktur – z. B. Geschäfte, Bildungsangebote, vielfältige Bürgerschaft im Leben miteinander – bewahrt und gefördert werden müsse.

Hierbei seien die steigenden Mieten ein Problem, wobei es auch positive Gegenbeispiele wie die Bebauung des Olga-Areals gebe. Ein weiteres Problem für den Stadtbezirk sei die Klimaerwärmung; bei dichter Besiedelung und Hanglagen sei die Anpflanzung von mehr Grün erforderlich. Er weist darauf hin, dass 2019 ein kommunalpolitisch wichtiges Jahr sei. Der Bürgerhaushalt biete die Möglichkeit der Einwirkung auf den Doppelhaushalt 2020/21. Im Mai 2019 fänden Kommunal-, Regional- und Europawahlen statt; er rufe hier zur Teilnahme auf. Herr Bezirksvorsteher Möhrle gibt bekannt, dass danach die Bezirksvorsteher der inneren Stadtbezirke neu bestellt würden. Er werde aus Altersgründen nicht mehr antreten, sage aber zu, sich bis zum Sommer weiter für seinen Bezirk zu engagieren.

Er übergibt das Wort an Herrn Oberbürgermeister Kuhn.

II. Rede von Herrn Oberbürgermeister Kuhn

Herr Oberbürgermeister Kuhn begrüßt die Mitglieder des Gemeinderats und des Bezirksbeirats. Die Verdienste von Herrn Bezirksvorsteher Möhrle werde er bei dessen Verabschiedung im September ausführlich würdigen.

Herr Oberbürgermeister Kuhn sieht den Westen als besonderen Stadtbezirk, dessen Bewohnerinnen und Bewohner stolz auf ihn seien. Er sei der zweitgrößte und vielfältigste Stadtteil von Stuttgart: So sei er von der Landschaft her bis ins 19. Jahrhundert agrarisch strukturiert gewesen, bei der Industrialisierung habe die Blockrandbebauung der Gründerzeit Vorbildcharakter gehabt. So habe zum Beispiel Robert Bosch im Hintergebäude eines Wohnhauses Erfindungen gemacht und diesen Mix aus Arbeit und Wohnen gebe es im Westen heute noch.

Ferner gebe es im Stadtbezirk Parks wie den Rot- und Schwarzwildpark und das Rokoschloss Solitude.

Der Nahverkehr sei mit S- und U-Bahnen sowie Bussen bestens ausgebaut; er verweist auf die Tarifreform im April 2019, die durch die Zusammenlegung von Zonen Vergünstigungen für Bürgerinnen und Bürger biete.

Auch die Schullandschaft mit Schwabschule, Falkert- und Vogelsangschule, der Schloß-Realschule sowie dem Friedrich-Eugens-, dem Dillmann- und dem Königin-Olga-Gymnasium sei zukunftsfähig aufgestellt.

Die Nahversorgung im Bezirk sei noch intakt; Herr Oberbürgermeister Kuhn appelliert an die Bürgerinnen und Bürger, weiterhin in ihrem Stadtbezirk einzukaufen.

Der Anteil an Einwohnerinnen und Einwohner mit Migrationshintergrund sei im Westen etwas schwächer als in der Gesamtstadt: 33,3 %. Er findet jedoch, wer in Stuttgart lebe, sei auch Stuttgarter!

Im Westen sei die Zahl der Ein-Personen-Haushalte mit 60,9 % höher als in der Gesamtstadt mit 51,7 %. Diese Kennzahl sei bei der Planung des Wohnungsbaus wichtig.

Tendenziell seien im Westen weniger Autos als in der Gesamtstadt vorhanden: 316 im Gegensatz zu 366 je 1.000 Einwohner.

Es fehle an bezahlbarem Wohnraum und eine Nachverdichtung sei von den Nachbarn oft nicht gewünscht. Eine Ausweitung der Bebauung am Stadtrand sei ebenfalls schwierig, da man das Grün für eine gute Wohnqualität insgesamt benötige. Positiv sei, dass der Gemeinderat die Quote für den Bau von Sozialwohnungen auf 30 % erhöht habe. Urbanität könne auch mit guten Beispielen wie Freiflächen auf dem Diakonissen- und Bismarckplatz oder dem Wohnen im Olga-Areal, wo es eine Sozialquote von 50 % gibt, gelebt werden. Er dankt den Engagierten bei der Entwicklung des Areals für ihre Beiträge hierfür. Herr Oberbürgermeister Kuhn äußert sich zum Zeitungsartikel des gleichen Tags, der über die Problematik bezüglich der Raumgröße für das Stadtteil- und Familienzentrum berichtet. Der Gemeinderat werde sich bemühen, eine andere Form für das Stadtteil- und Familienzentrum zu finden und zu installieren.

Er nimmt die von Herrn Bezirksvorsteher Möhrle angesprochene Problematik der Grünflächen der Kessellage in der Hitzeperiode auf und sagt zu, dass sein Vorschlag für mehr Bäume und Grün in der Stadt umgesetzt werde.

Es sei wichtig, durch Grün zu kühlen und nicht wie in New York durch verstärkten Einsatz von Klimageräten, die dann einen höheren Energieverbrauch als im Winter nach sich zögen. Notwendig sei zum Beispiel, auch für kreislaufbare ältere Mitbürgerinnen und Mitbürger Bäume zu pflanzen, auch wenn dies mit dem Verlust von Parkplätzen oder der Verschattung von Nachbargebäuden einhergehe. Grüne Infrastruktur sei ein wichtiges Zukunftsprojekt!

Herr Oberbürgermeister Kuhn weist darauf hin, dass Kindern Sauberkeit in der Stadt das größte Anliegen sei. Für eine positive Urbanität habe die Stadt ein neues Programm für mehr Reinigung geschaffen. So wurden bei der AWS 100 neue Stellen geschaffen, es würden mehr Maschinen beschafft und eingesetzt, mehr Abfallbehälter aufgestellt, die Aufklärung an den Schulen zur Abfallvermeidung werde gefördert und die Einführung von Mehrwegsystemen bei To-go-Getränken sei im Aufbau.

Subjektiv fühlten sich 88 % der Bewohnerinnen und Bewohner des Westens dort sicher, in der Gesamtstadt seien es 10 % weniger.

Das 2011/12 eingeführte Parkraummanagement habe sich durch die Schaffung von mehr Tiefgaragen- und Carsharing-Parkplätzen positiv ausgewirkt: Ein Carsharing-Parkplatz ersetze die Stellplätze von 6 – 10 Autos.

Die Infrastruktur für Fußgänger und Fahrradfahrer müsse hingegen noch verbessert werden. Für den nächsten Doppelhaushalt seien mehr Radabstellplätze und mehr Radrouten geplant; es ist an eine Erhöhung der Quote dieser Verkehrsteilnehmenden von 5 % auf 20 % gedacht. Allein die Hauptradroute 2 werde 50 Parkplätze „kosten“. Der Radausbau müsse Priorität haben, er wurde zu lange vernachlässigt. Personal sei eingestellt worden.

Klar ist, dass alle Verkehrsteilnehmer aufeinander Rücksicht nehmen müssen. Sie dürften nicht, wie häufig in letzter Zeit, gefährliche Abkürzungen über die Straßengleise nehmen. Autofahrer sollten auf Radler achten und diese auf die Fußgänger.

Herr Oberbürgermeister Kuhn schließt seine Ansprache mit den Worten. „Wir haben eine tolle Stadt und einen tollen Westen; seien Sie doch froh, dass Sie im tollen Westen leben!“.

Er eröffnet die Diskussion.

Nr.	Wortmeldung Name und Adresse	Stellungnahme	Abschließend beantwortet	Weitere Bearbeitung/ Erledigung durch
1	Thema Familien- und Sozialpolitik			
	<p>Ein Einwohner lobt den baldigen erfolgreichen Bezug des Areals und würdigt die von Beginn an erfolgte Bürgerbeteiligung.</p> <p>Er äußert, dass das Stadtteil- und Familienzentrum von Anfang an geplant gewesen sei und Frau Bürgermeisterin Fezer 2014 von 150 qm Fläche gesprochen habe, die dafür bereit stünden. Bereits 2016 hätten die Architekten nur noch von 100 qm gesprochen.</p> <p>Dennoch sei bei der heutigen Sitzung des Jugendhilfeausschusses von der Einrichtung eines Stadtteil- und Familienzentrums die Rede gewesen; bereits nächste Woche solle die Trägerschreibung erfolgen.</p> <p>Er möchte wissen, ob sie auch hierbei beteiligt würden? Und falls ja, so sei festzustellen, dass die eingestellten 60.000 € zwar für die Einrichtung, aber nicht für Personal reichen würden. Werden die Kosten für das erforderliche Personal aus den Mitteln des Haushalts 2020/21 bereit gestellt?</p> <p>Eine Einwohnerin betont ebenfalls die Relevanz eines Familien- und Stadtteilzentrums mit hauptamtlicher Unterstützung.</p>	<p><u>Frau Bürgermeisterin Fezer</u> betont, die Stadt wolle ein Stadtteil- und Familienzentrum einrichten, auch wenn weniger Raum als der Standard von 150 qm zur Verfügung stehe.</p> <p>Sie bedankt sich bei „Olgäle 2012 e. V.“ und dem Betreiber für die Zurverfügungstellung eines angrenzenden Raumes, womit deutlich mehr als 100 qm zur Verfügung stünden.</p> <p>Sie sichert zu, dass auch weiterhin an der Bürgerbeteiligung festgehalten werde.</p> <p>Zu den finanziellen Mitteln sagt Frau Bürgermeisterin Fezer, der Betreiber werde von der LHS unterstützt und die entsprechenden Mittel würden in den Doppelhaushalt 2020/21 eingestellt.</p> <p>Sie dankt den Vertretern und Vertreterinnen des „Olgäle 2012 e. V.“ für deren Engagement bei diesem Prozess.</p>	X	

2	Thema Digitalisierung / Gesundheitsgefährdung durch Strahlung			
	<p>Ein Einwohner vermisst in der Diskussion um schnelles Internet die Verwendung von Glasfaserkabeln statt 5G, das durch die Strahlung gesundheitsgefährdend sei. Das habe der Gemeinderat beschlossen, aber nicht umgesetzt; Bürgermeister Pätzold habe es damit begründet, dass die Mobilfunkbetreiber nicht mitmachten. Er möchte wissen, wo neue Mobilfunkmasten erstellt werden; laut Bürgermeister Pätzold würde dies erst bekannt gegeben, wenn die Masten gebaut seien, da die Interessen der Industrie geschützt werden müssten.</p> <p>Der Breitband- und 5G-Netzausbau durch die Telekom koste 2 Mrd. Euro. Er möchte wissen, weshalb die Netze nicht weiter in städtischer Hand bleiben. Die Tatsache sei weder dem Gemeinderat bekannt gewesen noch sei eine Bürgerbeteiligung erfolgt. Dagegen sei Stuttgart bereits an der Ausarbeitung der „Smart City Charta“ in Berlin beteiligt gewesen und „Smart City“ bedeute Überwachung der Bürger.</p> <p>Ein anderer Einwohner ergänzt, dass ein strahlungsminimierter Ansatz geplant gewesen sei, jetzt aber – wie man dem Gutachten Pauluskirche entnehmen können – eine viel höhere Strahlung erfolge.</p> <p>Die Bundesnetzagentur messe die Strahlenwerte am Boden, aber nicht auf der Höhe, auf der sich die Wohnungen befinden.</p> <p>Er gibt zu bedenken, dass die Strahlung auch durch</p>	<p><u>Herr Bürgermeister Pätzold</u> lässt wissen, die Telekom sei mit der Kleinzellentechnologie mit niederen Strahlungswerten und besserer Internetversorgung befasst.</p> <p>Er klärt auf, dass Mobilfunkmasten bis 10 m Höhe genehmigungsfrei und nur in der Nähe von Kindergärten, wie vom Unterausschuss festgestellt, unzulässig seien. Die Veröffentlichung der Standorte könne nur mit Zustimmung der Betreiber erfolgen. Diese Standorte der Mobilfunkmasten seien auf der Internetseite der Stadt einsehbar.</p> <p><u>Herr Oberbürgermeister Kuhn</u> sieht den Interessenkonflikt beim Thema 5G und schnellem Internet zwischen den Gesundheitsrisiken fürchtenden Bürgern und der Industrie bzw. der Wirtschaft, die es für ihren Erfolg benötige. Als Beispiele führt er Versicherungen, Banken, und Autohersteller an.</p> <p>Die Stadt könne leistungsstarkes Internet nicht selbst anbieten. Die Infrastruktur müsse zwar gesetzlichen Vorschriften entsprechen, werde aber von den Unternehmen angeboten. Stadtpolitik müsse Beides berücksichtigen. So seien zum Beispiel leistungsstarke Rechner in Stuttgart-Vaihingen, aber nicht in Stuttgart-Mitte zu finden, sodass man die Daten zur Verarbeitung mit schnellem Internet</p>	X	

	<p>die Fassaden durch gehe. Aufgrund des Denkmalschutzes im Stuttgarter Westen sei dort oft keine Dämmung möglich.</p> <p>Eine Einwohnerin berichtet von der konzeptlosen Einrichtung eines W-Lan in den Klassenzimmern am Schickhardt-Gymnasium; dieses W-Lan sei gesundheitsschädlich und lasse sich nicht ausschalten.</p> <p>Es habe sich bis jetzt niemand gefunden, der zuständig bzw. verantwortlich sei.</p> <p>Sie fordert die Stadt auf, ein Konzept vorzulegen und PCs mit Kabelanschluss zu installieren.</p>	<p>mit dem Motorrad dorthin befördern müsse.</p> <p><u>Bürgermeister Pätzold</u> erklärt, im Unterausschuss Mobilfunk sei von Prof. Dr. Wuschek von der TH Deggendorf für die Kleinzellentechnologie bestätigt worden, dass eine geringere Strahlung erfolge. Daher sollte die Kleinzellentechnik mit entsprechenden unteren Grenzwerten als Pilotprojekt an zunächst 30 Standorten eingeführt werden.</p> <p>Er sagt zu, die Frage zur Einrichtung von W-Lan an Schulen zur Überprüfung durch die Verwaltung mitzunehmen.</p>		<p>Ref. JB / 40</p>
<p>3</p>	<p>Thema Stadtplanung / Begrünung</p>			
	<p>Eine Einwoherin möchte wissen, weshalb im Rahmenplan Talgrund Stuttgart West nicht erscheine, dass die Gartengrünfläche Hinterhof Lindenspürstraße 29 c nicht zur Bebauung empfohlen werde. Herr Bürgermeister Pätzold habe dies damals zugesagt und das Stadtplanungsamt habe es aber nicht umgesetzt. Sie fragt, ob sich der Rahmenplan ändern oder aufheben lässt, um die entsprechende Grünfläche zu schützen.</p> <p>Die zweite Frage von bezieht sich auf die Bautätigkeiten in Stuttgart West: Nach dem Ende der Bebauung des Olga-Areals werde nun das</p>	<p><u>Herr Bürgermeister Pätzold</u> antwortet ihr, dass diese Fläche nicht klimarelevant sei. Klimarelevanz würde Entsiegelung und Begrünung erfordern. In anderen Bereichen als der Lindenspürstraße 29 sei dieser Schutz relevant, aber Nachverdichtung bedeute Bauen.</p> <p><u>Herr Oberbürgermeister Kuhn</u> bekräftigt, dass Nachverdichtung erforderlich sei und an anderer Stelle eine entsprechen-</p>	<p>X</p>	

	<p>Schwesternwohnheim in der Senefelder Str. 68 abgerissen. Sie möchte wissen, weshalb die Baumaßnahmen nicht gleichzeitig erfolgt sind, um den Anwohnern die Verlängerung von Lärm- und Schmutzbelastung zu ersparen.</p> <p>Ein Einwohner äußert seinen Unmut über die Baumaßnahmen in der Lindenspürstraße. Die während der Amtszeit des Vorgängers von Baubürgermeister Pätzold bebauten Grundstücke hätten jetzt nur noch Kunstrasen. Es sei nicht berücksichtigt worden, dass sich früher im Innenhof ein Brunnen für die Gärtnerei befand.</p> <p>Bei den Baumaßnahmen in der Johannesstraße seien zuerst Wasserleitungen, anschließend Glasfaserleitungen gelegt worden und jetzt würden Querstiche zu den einzelnen Grundstücken gebaut: Es stelle sich die Frage, ob es bei der Stadt eine Überprüfung bzw. Aufsicht für solche unsinnigen Abläufe gebe? Weiter führt er an, dass die Asphaltierung Stückwerk geblieben sei und eine Gefahr darstelle.</p>	<p>de Grünkompensation erfolge. Er betont, dass auch im Westen auf vernünftige Art und Weise Wohnungen geschaffen werden müssten.</p> <p><u>Herr Bürgermeister Pätzold</u> antwortet, dass er das Wasserproblem mitnehme, schließlich gebe es ein Baurecht.</p> <p>Er gebe zu, dass es nicht ideal sei, wenn nacheinander aufgerissen werde. Er werde das Problem zum Tiefbauamt mitnehmen; dieses sei zuständig für die Bauabnahme.</p>		<p>Ref. StU/63</p> <p>Ref. T/66</p>
4	Thema Kinder und Jugendliche			
	<p>Ein Einwohner dankt Herrn Oberbürgermeister Kuhn und Herrn Bezirksvorsteher Möhrle für die gute Zusammenarbeit.</p> <p>Er schlägt vor, den Stellenanteil von bisher 200 % zu erhöhen, da die Anforderungen gestiegen und schwieriger geworden seien; zum Beispiel müssten</p>	<p><u>Frau Bürgermeisterin Fezer</u> Nimmt den Appell für bessere Ausstattung der Abenteuerspielplätze in Bezug auf Personal und Betriebskosten mit in die Haushaltsberatungen.</p>		<p>z. K. Ref. JB / 51</p>

	<p>zusätzlich zwei Bufdis angelernt werden. Hierzu seien im Haushalt 2020/21 Mittel einzustellen. Er bittet auch um Erhöhung des Betriebskostenzuschusses. Dieser sei seit ungefähr 20 Jahren gleich geblieben, aber Strom, Wasser etc. seien inzwischen teurer geworden.</p> <p>Er weist darauf hin, dass beim Abenteuerspielplatz West Praktikant/-innen für den Erzieherberuf ausgebildet werden könnten, aber dass die Praktikantenvergütung nicht einmal dem Mindestlohn entspreche.</p> <p>Eine Einwohnerin berichtet über die Möglichkeit der Ferienbetreuung für Grundschulkinder in den kleinen Ferien. Für die Kinder der 5. und 6. Klasse sei dies nicht mehr möglich und auch der Eigenanteil von 120 € pro Kind sei für viele Familien zu hoch. Sie möchte wissen, ob es für solche Fälle Förderungsmöglichkeiten durch die Stadt Stuttgart geben könne.</p>	<p>Sie dankt für den Hinweis auf die Ausbildungsmöglichkeiten für Praktikant/-innen und wird ihn dem Jugendamt übermitteln.</p> <p>Frau Bürgermeisterin Fezer sagt der Einwohnerin zu, eine Zuschussmöglichkeit für die Ferienbetreuung der 5.- und 6.- Klässler in die Haushaltsberatungen einzubringen.</p>		<p>Ref. JB/51</p> <p>Ref. JB/51</p>
5	Thema Verkehr			
	<p>Eine Einwoherin beanstandet, dass breite Gehwege für Motorräder zum Parken freigegeben worden seien. Beim Starten von diesen kämen Abgase in die Wohnung.</p> <p>Gehwege sollten als Bürgersteige für die Bürger da sein.</p>	<p><u>Herr Bürgermeister Dr. Schairer</u> fordert die Rücksichtnahme der ein- und ausfahrenden Motorradfahrer ein.</p> <p>Er bittet um Verständnis, dass breite Gehwege wegen zunehmend schwierigen Parkverhältnissen mehrfach genutzt werden müssten.</p>	X	

	<p>Eine weitere Einwohnerin äußert, dass das Parken von Motorrädern auf dem Gehweg keine demokratische Verteilung der Verkehrsfläche sei, da den Fußgängern etwas genommen werde. Radfahrer würden die Gehwege benutzen, da es keine guten Radrouten gebe; ein Ausbau der Radstrecken sei dringend erforderlich. Wenn von einem Recht auf einen Parkplatz gesprochen werde, möchte sie erfahren, wie diejenigen einen erhalten, die kein Auto besitzen.</p>	<p>Er betont, dass Motorräder nur auf besonders breiten Gehwegen parken dürfen.</p> <p>Er sagt ganz klar, dass es kein Recht auf einen Parkplatz im öffentlichen Raum gebe.</p>	X	
6	Thema Verkehrsplanung / Begrünung			
	<p>Eine Einwohnerin berichtet, dass der Bezirksbeirat die Planungen zur Baumpflanzung in der Augusten- und Forststraße wohlwollend geprüft habe. Sie möchte wissen, wie weit die Verwaltung mit der Prüfung sei.</p>	<p><u>Herr Bürgermeister Pätzold</u> antwortet ihr, dass zunächst geprüfte werden müsse, ob Leitungen vorhanden seien. Er wird die Frage zur Planung an Herrn Bürgermeister Thürnau zur Beantwortung weiter geben.</p> <p><u>Herr Oberbürgermeister Kuhn</u> „Am Schluss muss heraus kommen, dass Bäume gepflanzt werden!“</p>		Ref. T / 66, 67
7	Thema Verkehr			
	<p>Ein Einwohner legt dar, dass es in der Röckenwiesenstraße viele Parkplätze für die umliegenden Straßen gebe und dadurch ein erhöhtes Verkehrsaufkommen zu vermerken sei. Ebenso würden viele schneller als die erlaubten 30 km/h fahren und damit die Kinder gefährden. Er schlägt den Bau von Bodenwellen wie in der Osianderstraße vor – die Kosten seien gering, aber der Nutzen für Kinder, Bewohner des Pflegeheims und Jogger hoch.</p>	<p><u>Herr Bürgermeister Dr. Schairer</u> gibt ihm Recht, dass oft schneller gefahren werde als das erlaubte Tempo 30. Der Vorschlag, Bodenwellen einzubauen, sei in Stuttgart nicht durchzuführen, da diese laut, schlecht für die Umwelt und negativ für die Rettungsfahrten seien. Es sei zu überlegen, ob ein Verringern der Geschwindigkeit durch den Einsatz von Barken zu erreichen sei.</p>		Ref. SOS/32

	<p>Ein weiterer Einwohner bemängelt ebenso, dass in den Tempo-30-Zonen zu schnell gefahren werde.</p> <p>Im Vergleich zum Beispiel zu Karlsruhe habe Stuttgart zu wenig Fahrradwege.</p>	<p><u>Herr Bürgermeister Dr. Schairer</u> versichert ihm, dass die Radarkontrollen exakt durchgeführt würden.</p>	X	
8	Thema Kultur / Tiefbunker			
	<p>Ein Einwohner regt an, den Bunker unter dem Diakonissenplatz als Veranstaltungs- und Ausstellungsbereich zu öffnen.</p> <p>Er möchte ferner wissen, ob der seit 40 Jahren von einem Zaun umgebene Bereich der Jugendverkehrsschule nach deren Umzug nicht zu einem Park umgewandelt werden könne.</p> <p>Die historischen Bauten „Verkehrsanläge“ seien schützenswert und sollten daher mit einer Heuerampel bestückt werden.</p> <p>Abschließend dankt er dem Bezirksbeirat West für seine Unterstützung zum Erhalt der Bunkeranlage und erbittet hierfür finanzielle Förderung.</p>	<p><u>Herr Bürgermeister Pätzold</u> lässt wissen: Der Zaun werde entfernt, das „Verkehrshäusle“ werde vermutlich erhalten. Wenn die Kosten feststehen und auch der Unterhalt geregelt sei, könnten Mittel in den Haushalt eingestellt werden. Grundsätzlich sei das eine schöne Location.</p>	X	
9	Thema Sport / Jugend			
	<p>Ein Einwohner dankt der Stadtverwaltung für die gute Zusammenarbeit hinsichtlich der Bürgerbeteiligung beim Projekt „Sanierung S 28“.</p> <p>Er bittet, den Bäderentwicklungsplan vor dem Beschluss nochmals zu überdenken und zu überarbeiten.</p> <p>Die Sportmöglichkeiten an den Schulen im Westen seien eingeschränkt, oft sei ein Transfer zum</p>	<p><u>Herr Bürgermeister Dr. Schairer</u> antwortet in Vertretung von Herrn Bürgermeister Thürnau, dass die Ausstattung mit Bädern in keiner anderen Stadt so komfortabel wie in Stuttgart sei. Da fast die Hälfte aller Kinder und Jugendlichen nicht mehr schwimmen könnte, sei im Sommer eine Erweiterung der Öffnungszeiten der Freibäder erforderlich. Gleichzeitig sollten zwei Hallenbäder offenbleiben.</p> <p>Er bestätigt, dass die Sportflächen sehr eng</p>	X	

	Kräherwald nötig. Abschließend moniert er die schlechte Versorgung mit Kinderärzt/-innen im Westen.	seien.		
10	Thema Müll			
	Ein Einwohner möchte wissen, weshalb es nicht möglich sei, dass das Amt für öffentliche Ordnung die Müllverursacher sanktioniere.	<u>Herr Bürgermeister Dr. Schairer</u> weist auf die von Herrn Oberbürgermeister Kuhn bereits angesprochenen Offensive 2019 hin: Im aktuellen Jahr sollen 1.000 neue Abfallbehälter aufgestellt, mehr Personal eingestellt und höhere Bußgelder für Müllsünder erlassen werden.	X	
11	Thema Wohnen			
	Eine Einwohnerin weist darauf hin, dass sich die Mieten in den letzten 10 Jahren um 40 % erhöht hätten. Es sei absolut wichtig, bezahlbaren Wohnraum zu schaffen.	<u>Herr Oberbürgermeister Kuhn</u> stimmt ihr zu, dass bezahlbarer Wohnraum ein großes Problem sei. Auch 50 % der städtischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter würden außerhalb Stuttgarts wohnen. Ein Neubau von Wohnungen würde auch auf dem Gelände von S 21 erfolgen. Die Anzahl der geförderten Sozialwohnungen steige, im Bereich Neckarpark seien es sogar 50 – 80 %. Dies sei dringend notwendig, da momentan allein 4.000 Menschen in der Notfallkartei auf eine Wohnung warteten. Er warnt davor zu glauben, dass beim Bauen im Außenbereich der Stadt die Mieten günstiger würden.	X	

12	Thema Verkehr			
	<p>Eine Einwohnerin möchte zuerst wissen, wann die Fragen beantwortet werden, die die Bürger/-innen im Internet stellen konnten.</p> <p>Zum Parkraummanagement erbittet sie Antwort auf die Frage, weshalb am Bismarckplatz keine Bürgergarage geplant sei. Stattdessen würden Bäume gepflanzt und Parkplätze für den Einzelhandel angelegt.</p> <p>Sie bittet um Antwort, wann die Schlaglöcher in der Bebelstraße und in anderen Straßen repariert werden.</p> <p>Eine weitere Einwohnerin bemängelt, dass die Radwege im Westen oft kaputt seien; sie schlägt stattdessen vor, Pflastersteine zu verwenden.</p> <p>Sie fragt die Verwaltung, weshalb erst Abfallbehälter entfernt wurden, um sie jetzt wieder aufzustellen?</p> <p>Sie weist darauf hin, dass die Hydranten für die Feuerwehr im Westen entweder nicht mehr da oder die Hinweise darauf überklebt sind.</p>	<p><u>Herr Bürgermeister Pätzold</u> erwidert, die Antworten müssten im Internet einsehbar sein.</p> <p>Diese Möglichkeit sei 2016 untersucht und verworfen worden, da es zu viele Probleme bei den Zu- und Abfahrten gegeben hätte.</p>	X	
13	Thema Verkehr			
	<p>Ein Einwohner bittet, statt dem Organisieren von Parkraummanagement für den Individualverkehr seinem Beispiel zu folgen und das Leben ohne Auto zu propagieren.</p>	<p><u>Herr Oberbürgermeister Kuhn</u> bekräftigt, dass im nächsten Doppelhaushalt mehr Mittel für den Fahrradverkehr eingesetzt werden müssten. Er findet es toll, dass der Einwohner ohne Auto lebe, aber den Besitzern von Autos müssten auch Perspektiven geboten werden; man könne sie nicht zum Verkauf ihrer Autos zwingen, obwohl Car-Sharing viel praktischer und stressfreier sei.</p>	X	

Herr Oberbürgermeister Kuhn dankt den Anwesenden für ihre Beteiligung zu den Themen Mobilfunk, Verkehr und Wohnen: „Der Westen ist der Westen und ein toller Stadtbezirk!“ Er wünscht Allen einen guten Heimweg.

Stuttgart, 14.02.2019

Battenberg
Schriftführerin